

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 31 80 39/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 116

21. Juni 1978

Herbert Ehrenberg, Bundesarbeitsminister, zieht eine positive Bilanz des ersten Jahres der Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Seite 1/2

Willi Cörlach, hessischer Minister für Umweltschutz zieht den Umweltschutz ins Zentrum der Politik gerückt.

Seite 3/4

Dieter Lattmann MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion, fordert neue Anstrengungen in der Studienreform unter Einbeziehung der Institutionen der Arbeitswelt.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Kostendämpfung - ein Erfolg für alle Bürger

Bilanz nach einem Jahr Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz

Von Herbert Ehrenberg MdB
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Anfang Juli wird das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz ein Jahr alt. Ich halte das für eine gute Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie es sich bewährt hat, ob es die Erwartungen erfüllte, die Bundestagsmehrheit und Bundesregierung daran knüpften, oder ob es etwa doch die Schäden anrichtete, die von der stets Nein sagenden Opposition und von Interessengruppen prophezeit wurden.

Ich kann dem Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz zum Einjährigen nur das Beste nachsagen. Zur Zeit seiner Entstehung, in der ersten Jahreshälfte 1977, hatten viele, denen Kostendämpfung überhaupt ein Grauel ist, mit allen Kräften dagegen gekämpft. Ein hoher Arztfunktionär sprach von einem "Würgeisen" am Hals seiner Standeskollegen. Und auch manche Krankenkassen konnten sich keinen Reim auf das Gesetz machen. Sie sagten voraus, daß allein wegen des Gesetzes und der damals eingestellten überhöhten Zahlungen der Rentenversicherung an die Krankenversicherung die durchschnittlichen Beiträge der Krankenkassen um 1,6 Prozentpunkte würden steigen müssen, den normalen Kostenanstieg für Arzneien und Arztpraxen noch gar nicht eingerechnet.

Die tatsächliche Entwicklung hat diese Befürchtungen geradezu schlagend widerlegt. Die Beitragslawine bei den Krankenkassen ist ausgeblieben, ja mehr noch: Die aufgetüchteten Beitragsgletscher schmelzen langsam, aber sichtbar ab. Keine Krankenkasse brauchte ihre Beiträge in dem vorhergesagten Umfang zu erhöhen, viele konnten sich mit geringfügigen Erhöhungen begnügen, sehr viele ihre Beiträge stabil halten und eine erfreulich große Zahl ihre Beiträge zum ersten

Mal seit Jahren wieder senken. Sogar die großen Angestellten-Ersatzkassen, die aus vielerlei Gründen zu den schärfsten Kritikern des Gesetzes gehörten und eine Beitragserhöhung größeren Ausmaßes praktisch schon angekündigt hatten, werden ihre Beitragsrechnungen um einen halben Prozentpunkt ermäßigen können. Für einen Angestellten mit 2.000 DM Monatsgehalt bedeutet das eine jährliche Ersparnis von immerhin 75 DM, und dieselbe Summe spart auch sein Arbeitgeber. Für das "Handelsblatt" war das ein Grund zu schreiben: "Selbst die Optimisten waren erstaunt", und die "Süddeutsche Zeitung" stellte fest: "Krankenkassen werden wieder gesund."

Das liegt nun nicht nur im Interesse der Beitragszahler, sondern der Allgemeinheit. Nur eine funktionierende Kostendämpfung nämlich kann das gut ausgebaute und hoch leistungsfähige Gesundheitssystem in der Bundesrepublik Deutschland vor Überforderung schützen.

Zur Kostendämpfung gehört deshalb die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, die Mitte März mit maßvollen Empfehlungen für den Anstieg der Arzthonorare und Arzneikosten bewies, daß auch die Anbieter auf dem medizinischen Markt durchaus Augenmaß für das wirtschaftlich Notwendige haben können. Die Konzertierte Aktion wird im Herbst nach den Preisen dann die Strukturen unseres Gesundheitswesens unter die Lupe nehmen.

Noch ein Bereich fehlt in der Kostendämpfung: die Krankenhäuser. Vor Jahr und Tag waren sich Bundestag und Bundesrat darüber einig, daß hier am besten eine Novelle zum Krankenhausfinanzierungsgesetz helfen könne. Der Regierungsentwurf liegt seit Ende Mai vor, und die Beratungen darüber - vor allem zwischen Bund und Ländern - sind in vollem Gange. Für Spannung ist gesorgt; denn die gesetzlichen Krankenkassen geben jährlich über 20 Milliarden DM für Krankenhauspflge aus. Das ist fast ein Drittel ihrer Gesamtausgaben - oder genau so viel, wie noch 1970 alle ärztlichen und zahnärztlichen Leistungen, Medikamente und Krankenhaustage zusammen kosteten. Und noch immer steigen im Krankenhausbereich die Kosten schneller als im Durchschnitt aller übrigen Ausgaben. An einem neuen Erfolg der Kostendämpfung, das heißt einem wirksamen neuen Krankenhausfinanzierungsgesetz, muß deshalb allen Einsichtigen gelegen sein.

(-/21.6.1978/ks/hgs)

Umweltschutz im Aufwind

Die Ökologie ist zum elementaren Thema der Politik geworden

Von Willi Görlach MdL

Hessischer Minister für Landwirtschaft und Umwelt
Vorsitzender der Umweltministerkonferenz

Die Umweltpolitik- so sind vor kurzem noch Befürchtungen laut geworden - habe an Boden verloren. Es sei ihr weder gelungen, sich vom Konjunkturverlauf abzukoppeln, noch sich als eigenständiger Wert zu etablieren. Der schwarze Peter "Investitionsstau" wurde den Umweltpolitikern zugespielt, und noch halten sie ihn in Händen.

Aber die umweltpolitischen Argumente konnten in der Diskussion über den "Kostenfaktor Umweltschutz" nicht als falsch bewiesen werden. Nicht die Umweltpolitik benötigt völlig neue Perspektiven, wie das konservative Wirtschaftskreise fordern, sondern die Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftspolitiker sind es, die in Anbetracht der sich erschöpfenden Energie- und Rohstoffvorräte, der mancherorts kaum noch erträglichen Umweltbelastung, der vielfach gesättigten Märkte und der Konsumsättigung bei kaufkräftigen Bevölkerungsschichten noch keine brauchbaren Rezepte vorweisen können.

Die gewohnten Raten des Wirtschaftswachstums von fünf und mehr Prozent lassen sich weder kurz- noch mittelfristig mehr erreichen. Die durch technische Entwicklung und Wettbewerbsdruck verursachte Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen läßt sich nicht mehr kompensieren. Es müßten neue Wege beschritten werden. Doch unter dem Eindruck der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt greift man lieber noch einmal zu den mangelhaften Konjunktur Rezepten von gestern.

Die umweltpolitische Gesamtbilanz der Gegenwart ist entgegen mancher negativen Einschätzungen durchaus ermutigend. Mit ihren Mahnungen haben die Umweltpolitiker beträchtliche Erfolge gehabt: Über Umweltschutz wird nicht erst seit den Erfolgen der "Grünen" in Niedersachsen und Hamburg wieder verstärkt gesprochen und nachgedacht, und die Ökologie ist zum elementaren Thema in der Politik geworden. In öffentlichen Haushalten und Industriebudgets sind wachsende Beträge für Umwelt-

schutzinvestitionen und für laufende Kosten von Umweltschutzeinrichtungen vorgesehen. Diese Aufwendungen werden nicht ohne Wirkungen bleiben. Die enormen Anstrengungen, zum Beispiel für den Gewässerschutz, werden in wenigen Jahren durchschlagen. Vor kurzem wurde - ein Beispiel - nach jahrelangen Vorarbeiten die Zentralkläranlage der Höchst AG in Betrieb genommen. Sie steht bei einer Klärleistung von 1,5 Millionen Einwohner-Gleichwerten an 2. Stelle der Weltrangliste.

Ausgaben für den Umweltschutz haben im Übrigen, gesamtwirtschaftlich gesehen, einen positiven Beschäftigungseffekt. Nur Lücken im wissenschaftlichen Datenmaterial verhindern es noch, daß die vielfältigen Verflechtungen und Folgewirkungen von Umweltausgaben im einzelnen nachzuweisen sind. Ich bin aber sicher, daß es bald möglich ist, nicht nur die Umweltschäden in Mark und Pfennig zu berechnen, sondern auch die unmittelbaren und mittelbaren Nutzwirkungen für die gesamte Volkswirtschaft zu bestimmen und dann eine ökonomische Bilanz des Umweltschutzes aufzumachen. Diese Bilanz wird nach meiner Überzeugung positiv sein.

Umweltpolitik ist keineswegs - wie manche Leute glauben - auf Naturschutz und Gewässerreinigung, auf Abfallbeseitigung und Immissionsschutz beschränkt. Auch der sogenannte Ressourcenschutz, also die gebotene nachhaltige Bewirtschaftung der Energie- und Rohstoffvorräte, zählt zu den Umweltschutzaufgaben. Und wenn wir den Ressourcenschutz ernst nehmen, dann können wir Energie- und Umweltpolitik nicht von einander isoliert betreiben. Wie Umweltpolitik überhaupt nicht als eigenständiger Wert, sondern als Prinzip gesehen werden muß, das bei allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen ist.

Die Umweltpolitiker sehen daher zu Recht ihre Mitkompetenz in der energiewirtschaftlichen Entscheidung. Das geschärfte Umweltbewußtsein der Bevölkerung stärkt ihnen dabei den Rücken. Eine umweltgerechtere Energiepolitik erfordert in erster Linie die Forcierung des Ausbaus der regenerativen Energiequellen, vor allem aber konsequente Energieeinsparung.

Die Notwendigkeit einer durchschlagkräftigen Umweltpolitik wird in der Öffentlichkeit nicht mehr bestritten. Die SPD wird noch stärker herausstellen müssen, daß sie die einzige politische Kraft ist, die diese Politik auch durchsetzen kann.

(-/21.6.1978/ks/hgs)

Studienreform jetzt voranbringen

Auch die Arbeitswelt muß an der Reform beteiligt werden

Von Dieter Lattmann MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Jürgen Schmude, ist es gelungen, mit der Vorlage der "Orientierungspunkte zur Hochschulausbildung" einen Meilenstein für den Auftakt der "überregionalen Studienreformkommissionen" am 22. Juni 1978 zu setzen. Er hat damit Weichen für eine reformorientierte Verständigung gestellt. Das Angebot sollte von den verantwortlichen Kräften der Hochschulen und der Arbeitswelt aufgegriffen werden.

Die Notwendigkeit der Studienreform kann ernsthaft nicht bestritten werden. Strukturelle Schwächen gegenwärtiger Hochschulausbildung geben zur Besorgnis Anlaß:

- Überlange Studienzeiten,
- hohe Anteile von Fachwechslern und Studienabbrechern,
- deutliche Tendenzen zu persönlicher, gesellschaftlicher und fachlicher Desorientierung der Studenten,
- Überforderungsklagen bei Studenten und Hochschullehrern,
- Entfremdungserscheinungen zwischen Hochschullehrern und Studenten, zwischen Hochschule und Gesellschaft,
- Verständigungsprobleme zwischen Hochschule und Arbeitswelt, insbesondere über die Maßstäbe qualifizierter Berufsvorbereitung.

Nicht selten ist die Diskussion über diese Probleme unzulässigerweise auf die überlange durchschnittliche Verweildauer der Studenten und auf die Regelstudienzeiten als eine Antwort darauf verkürzt worden. Das Positionspapier des Bildungsministeriums zum Einstieg in die zentrale Studienreformerarbeit macht deutlich, daß Regelstudienzeiten nur ein Element der Studienreform sein können.

Das zentrale Anliegen der Studienreform muß sein, die Studiengänge so übersichtlich zu strukturieren, daß dem Studenten eine rasche Orientierung möglich ist. Das Bildungsministerium hat hierzu Vorschläge unterbreitet, die durch die nun bevorstehende 18monatige Arbeit der einzelnen Studienreformkommissionen umgesetzt werden sollten.

Der Studienstoff der einzelnen Fächer muß neu definiert und begrenzt werden. Was zu Beginn des Studiums aktuelle wissenschaftliche Erkenntnis sein mag, kann bei Berufseintritt bereits wieder veraltet sein. Heute geht es mehr denn je darum, durch das Hochschulstudium Grundlagenkenntnisse zu erwerben. Im übrigen ist es entscheidend, vor allem den Umgang mit wissenschaftlichen Methoden und Verhaltensweisen zu erlernen. Die Information und damit Orientierung der Studenten muß verbessert werden. Mittel dazu

können Ausbau der Studienberatung, Verstärkung des persönlichen Kontaktes zwischen Studenten und Hochschullehrer, transparente Gliederung der Studienabschnitte und das Angebot von Orientierungseinheiten sein.

Angesichts gegenwärtiger wechselhafter "Berührungspunkte" zwischen Vertretern von Hochschule und Arbeitswelt muß freilich Kernstück der Studienreform die Verstärkung des Praxisbezuges des Studiums sein. Das Bildungsministerium unterstreicht hierzu mit Recht, daß es einerseits um die Berücksichtigung der "Bedürfnisse der beruflichen Praxis" und andererseits der "notwendigen Veränderungen in der Berufswelt" geht. "Studienreform" - so das Bildungsministerium - "muß einen Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Wandel leisten".

Praxisbezug des Studiums ist vor allem im Studium selbst herzustellen. Berufsorientierte Ausbildung, verstärkte Förderung von Praktika und Lehre durch berufspraktische erfahrende Hochschullehrer sind die entscheidenden Schlüssel. Hier zeigt sich, daß Studienreform nicht nur Aufgabe von Hochschule und Staat sein kann, sondern der praktischen Unterstützung gerade der Institutionen und Organisationen der Arbeitswelt bedarf. Ihnen obliegt Mitverantwortung dafür, daß Studium und berufliche Wirklichkeit stärker miteinander verzahnt werden können, daß Praktikantenstellen geschaffen werden und Berufserfahrene die Hochschullehre unterstützen.

Angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt muß - entgegen der gegenläufigen Diskussion des Wissenschaftsrates - ein weiterer Gedanke der Bildungsministeriums-Leitlinie unterstrichen werden: Studium soll einerseits nicht auf zu enggeschnittene Berufsfelder orientieren, sondern auf breitere berufliche Tätigkeitsfelder ausgerichtet sein. Andererseits soll es aber einen berufsqualifizierenden Abschluß vermitteln.

Gedankenmodell des Wissenschaftsrates, Kurzstudiengänge für die Hälfte der Studenten in allen Fächern einzurichten, erscheinen hier für die Praxis wenig hilfreich.

Angesichts der "Orientierungspunkte zur Hochschulausbildung" des Bundesbildungsministeriums kann man hoffen, daß auch in den Kulturbehörden Baden-Württembergs und Bayerns die Bereitschaft zu einer Strukturreform der Hochschulausbildung zunimmt.

Gleichzeitig ist deutlich geworden, daß die Arbeit der überregionalen Studienreformkommission, die nun am Anfang steht, keine Beschäftigung auf einem Nebengleis ist. Die Studienreformkommission sollten jede sachlich gebotene Unterstützung erhalten. Hier sollte nicht am falschen Ende gespart werden: Die Mitglieder der Kommission sollten soweit wie möglich von sonstigen Dienstaufgaben freigestellt werden.

(-/21.6.1976/va-hr/hgs)

+

+

+